

## FRAGESTUNDE

Beginn: 12.25 Uhr  
Ende: 13.17 Uhr

### 1) Stadtwerke – Sponsoring des SK Sturm

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, lieber Wolfgang Riedler! Wie man weiß, sind die Stadtwerke seit einer Zeit auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern und offensichtlich haben sie ein Neues gefunden, das allerdings schon ein paar Fragezeichen aufwirft. Wie wir aus der Zeitung erfahren durften, plant man nämlich oder denkt man bei den Stadtwerken tatsächlich ernsthaft darüber nach, in einen Sponsorvertrag mit dem SK-Sturm einzutreten. Nachdem du der Beteiligungsreferent und Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung bist, stelle ich an dich daher die

### **Frage:**

In welcher Form beziehungsweise mit welchen Empfehlungen du als Beteiligungsreferent und Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung auf die Verhandlungen der Stadtwerke AG betreffend das geplante Sponsoring des SK Sturm Graz einwirkst?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Hermann! Ich habe die Finanz- und Vermögensdirektion ersucht, mir eine rechtliche Beurteilung vorzulegen zu deiner Frage. In dieser Beurteilung wird zunächst festgehalten, dass die Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft als klassische Kapitalgesellschaft im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen wie zum Beispiel der GmbH weit gehend verselbständigt gegenüber ihren Gesellschaftern ist. Da es eine Aktiengesellschaft

ist, findet der Ausdruck des Eigentümerwillens übrigens im Rahmen einer Hauptversammlung und nicht einer Generalversammlung statt. Es kommt vor allem in den Bestimmungen des § 70 Abs. 1 Aktiengesetz und des § 103 Abs. 2 Aktiengesetz zum Ausdruck, wonach der AG-Vorstand in Ausübung seines grundsätzlichen Geschäftsführungsmonopols unabhängig von Weisungen insbesondere der Aktionäre ist. Die Überwachung der Geschäftsführung in der Aktiengesellschaft wird daher vom Aufsichtsrat als zwingend vorgesehenem Organ übernommen, dem weit reichende Kontrollrechte zukommen. Insbesondere hat dieser die Pflicht, bei Kenntnisnahme eines gesellschaftsschädlichen Vorhabens des Vorstandes im Sinne des Aktienrechts tätig zu werden. Ferner kann der Aufsichtsrat über die im Gesetz genannten Geschäfte hinaus noch weitere Geschäftsarten seiner Zustimmung unterwerfen und damit je nach Sach- und Interessenlage seinen Einfluss weiter konkretisieren und auch eine Bindung des Vorstandes herbeiführen. Unter Berücksichtigung der angespannten und schwierigen finanziellen Situation, auch der Stadtwerke Aktiengesellschaft und der Stadt Graz als Kapitalgeber, ist bei geplanten Geschäftsführungsmaßnahmen zu überlegen und ist es auch als empfehlenswert aus unserer Sicht zu betrachten, dass darauf Bedacht genommen wird, dass zum Beispiel bei einem geplanten Sponsoring des SK-Sturm eine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht. Das Zustandekommen bedarf jedenfalls eines Vorstandsbeschlusses beziehungsweise auch eines Aufsichtsratsbeschlusses. Die von der Stadt Graz in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft entsandten Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen der Stadt Graz in Abwägung zu den Interessen der Stadtwerke AG zu wahren. Die ausnahmsweise Zuständigkeit der Hauptversammlung zur Entscheidung einer Geschäftsführungsfrage gemäß § 103 Abs. 2 Aktiengesetz kann nur durch ein ordnungsgemäßes Verlangen seitens des Vorstandes oder des Aufsichtsrates aktualisiert werden. Ein Beschluss gemäß § 2 kann keinesfalls von Aktionären im Wege des § 106 Abs. 2 oder 3, also Initiativrechte der Aktionäre, initiiert werden. Als Eigentümerversorger und Beteiligungsreferent besteht die Möglichkeit, die Entscheidung über diese Maßnahme den zuständigen Gremien der Stadtwerke AG zu überlassen. Wird eine Hauptversammlung einberufen, so erfolgt eine Beschlussfassung durch den Eigentümer oder die Eigentümerversorger, wie es in unserem Fall ist, ich bin ja gemeinsam mit dem Kollegen Buchmann zur Eigentümerversorgerung durch den Gemeinderat berufen, zu einem damit im

Zusammenhang stehenden ordnungsgemäß angekündigten Tagesordnungspunkt nach vorangegangener erteilter Ermächtigung für die Vertreter der Stadt Graz durch den Gemeinderat gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz.

Mag. **Candussi**: Ich habe mir ja fast eine Vorlesung erwartet, aber dass sie wirklich so gelesen wird, hat mich überrascht. Ich habe nicht alles jetzt wirklich ganz genau verstanden als Nichtjurist. Es geht mir ja nicht nur darum zu klären, dass dieses Geschäft für die Stadtwerke wirklich ein Geschäft ist, sprich, dass der Nutzen der dahintersteht, dem eingesetzten Geld entspricht, sondern mir geht es schon auch darum, wir sind immer noch Mehrheitseigentümer der Stadtwerke und das hoffentlich noch lange...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Alleineigentümer.*

Mag. **Candussi**: Alleineigentümer hoffentlich noch lange, aber somit ist das Geld, das dort ausgegeben wird, öffentliches Geld und ich denke mir, es ist schon auch hinterfragenswert, wenn man ein Geschäft mit einer Firma eingeht, die in den letzten Jahren nicht durch besonders gute Geschäftsführung geblüht hat und das ist ja beim SK-Sturm evident, dass sie in den letzten paar Jahren doch sehr viele Euro...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, Zusatzfrage.

Mag. **Candussi**: Ja, ich muss die Frage schon erläutern, damit klar ist, worum es geht. Es sind da ja doch einige Millionen Euro, sagen wir, einmal den Bach hinunter

gegangen, das heißt, in dem Fall wäre es aus meiner Sicht schon notwendig, dass dieses Geschäft an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Zum Beispiel an die Einführung von bestimmten demokratischen Mindeststandards beim SK Sturm oder an die Möglichkeit, endlich einmal wirklich in die Bücher hineinzuschauen und Einblick zu bekommen, ob man da nicht vielleicht in ein schwarz-weißes Loch hineinzahlt sprich ein Geld irgendwo hinsteckt, wo man möglicherweise noch weniger heraus erlösen kann, weil es die Firma in der Form vielleicht gar nicht mehr weiß Gott wie lange gibt. In die Richtung hat meine Frage abgezielt, ob du bereit bist zu schauen, diese Bedingungen eventuell zu formulieren, damit wir wissen, ob dieses Geschäft mit dem Verein tatsächlich ein Geschäft für die Stadt ist und ob es nicht dringend notwendig wäre, andere Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Verein sanieren zu können, weil, dass es einen Wert darstellt, dass wir in Graz zwei Erstligisten haben, das stelle ich nicht in Frage, ich stelle es nur in Frage, ob es mit diesem Management sinnvoll ist, da á la longue noch Geschäfte zu machen (*Applaus Grüne*).

Dr. **Riedler**: Zuerst möchte ich einmal sagen, selbstverständlich wird die Anfragebeantwortung oder die Fragebeantwortung dir auch schriftlich zugehen. Ich möchte vielleicht insofern einmal zuerst korrigierend sagen, es ist nicht die Frage, was ich will, sondern was mir als von Rechts wegen und von Gesetzes wegen als Eigentümerversorger der Stadt tatsächlich zusteht. Es steht dem Gemeinderat selbstverständlich frei, auch einen Entschluss zu fassen, bestimmte Themen in der Hauptversammlung anzusprechen und selbstverständlich werde ich mich dann auch auftragsgemäß verhalten, aber ich möchte trotzdem es nicht bei einer trockenen juristischen Beantwortung bleiben lassen, ich habe ja gewusst, du wirst eine Nachfrage stellen, daher habe ich es mir für den zweiten Teil aufgehoben. Ich habe mit der Geschäftsführung Kontakt aufgenommen in dieser Zeit, als in den Medien das erste Mal ein Sponsoring angesprochen war, vor allem, weil es ja in der Bevölkerung eine gewisse Aufregung verursacht hat, dass man auf der einen Seite zu gewissen Gebührenerhöhungen schreiten musste und auf der anderen Seite hier also Geld ausgegeben wird. Und ich habe meiner persönlichen Meinung, ohne Eigentümerrechte wahrzunehmen, Ausdruck verliehen, dass ich der Auffassung bin,

dass einer Leistung eine Gegenleistung gegenüber zu stehen hat und dass es keinesfalls so sein kann, dass wir über irgend ein Instrument der Stadt, und sei es auch eine Aktiengesellschaft, quasi Subventionstätigkeiten ausführen oder uns in einer Art und Weise verhalten, dass wir sozusagen ein Unternehmen retten, so wünschenswert es auch aus mancher Sicht sein mag. Ich habe daher auch meiner Meinung Ausdruck verliehen, dass einem Sponsorvertrag eine entsprechend bewertbare Gegenleistung entgegenstehen muss und die lässt sich durch den Werbewert feststellen. Jetzt möchte ich schon darauf hinweisen, auch in den schwierigen Zeiten hat sich zum Beispiel die BrauUnion nicht davon abhalten lassen, für die Marke Puntigamer zu werben und hat tatsächlich mit dem SK Sturm es geschafft, mit Puntigamer eine der werbewertvollsten Marken in Österreich zu etablieren. Dabei ist in keinem Fall, und ich habe das noch einmal auch mit der Geschäftsführung der hier ansässigen BrauUnion besprochen, in keinem Fall natürlich Einfluss auf den SK Sturm genommen worden im Sinne möglicherweise wünschenswerter Demokratisierungen im Vereinsvorstand oder bestimmter Vorgänge, die man sich hier als Fußballfreund oder Fußballfan wünscht, sondern bewertet wurde allein das Verhältnis zwischen Mitteleinsatz und Werbewert. Ich habe auch empfohlen, bevor man sich in ein solche Engagements begibt, zu überprüfen, wie hoch zum Beispiel der Einsatz für vergleichbare Werbungen, Trikotwerbung etwa, bei anderen Fußballvereinen, etwa bei Austria oder bei Rapid, ist. Damit man also sieht, ein Bundesligaverein kann in der Regel in Österreich einen bestimmten Betrag für die Rückenwerbung oder die Hosenwerbung verlangen. Dass man hier also auch in einem Bereich bleibt, der auch bei kritischem Hinterfragen Stand hält. Ich habe noch einmal ausdrücklich gesagt, dass es nicht in meinem Interesse als Eigentümerversorger liegen kann, hier sozusagen eine Art Entwicklungs- oder Überlebenshilfe zu gewährleisten, so wenig wie ich das auch tun würde und getan habe im Zusammenhang mit der Ablöse der Rechte bei der „Gruabn“. Im Übrigen ist es natürlich eine Aufgabe der ordentlichen Geschäftsführung, auf die Werbewirksamkeit im Zusammenhang mit solchen Engagements zu achten und dafür auch gerade zu stehen. In jedem Fall will ich den Eindruck aus der Welt räumen, dass es hier auf der einen Seite einen Bedarf an zusätzlichen Finanzierungen über erhöhte Kartenpreise etwa bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben geht und dieses Geld würde dann sozusagen irgendwem

zugeschossen, der damit dann wirtschaftliche Probleme abdecken kann, das ist weder Aufgabe noch Zweck unserer städtischen Unternehmungen (*Applaus SPÖ*).

## 2) Baumschlägerungen im Stadtpark

GRin. Mag. **Fluch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Mag. **Fluch**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Meldungen über den Zustand der Bäume im Stadtpark haben sich in letzter Zeit überschlagen. Einerseits ist es so, dass über die Notwendigkeit, dass große Teile des Stadtparks und der Alleen saniert werden müssen, kein Zweifel besteht, andererseits sind die entsprechenden Arbeiten immer wieder aufgeschoben worden, weil es geheißen hat, dass die Dringlichkeit vielleicht doch nicht so akut ist.

Da der Zustand und die Zukunft der Stadtparkalleen die Grazerinnen und Grazer aber sehr stark bewegen, möchte ich dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, ersuchen, Aufklärung zu geben und stelle daher folgende

### **Frage:**

Welche baumpflegerischen Maßnahmen sind im Stadtpark kurz-, mittel- und langfristig erforderlich, um den Erholungswert der Parkanlage Stadtpark auch für die kommenden Generationen zu erhalten, und was hat es mit den in den Medien als so prägnant als „Kettensägen-Massaker“ bezeichneten Fällungen in letzter Vergangenheit auf sich? (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Frau Gemeinderätin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar über diese Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt, einige Erläuterungen und grundsätzliche Bemerkungen zu den Ereignissen der letzten Tage zu geben. Im Herbst 2004 hat das Stadtgartenamt einen Großteil der Bäume im

Stadtpark untersucht, unter anderem die 123 Bäume der Dubrovnik- und der Montclair-Allee. Das Ergebnis dieser Untersuchung war, dass über 70 Prozent der Bäume schadhaft, faul sind und bei 15 davon eine akute Bruchgefahr besteht. Diese Untersuchung ist selbstverständlich dokumentiert, sie ist auch intern vielfach besprochen worden und das Stadtgartenamt hat auf Grund dieser Untersuchung den Antrag gestellt, dass in Anbetracht, dass hier diese Bäume auch mittelfristig nicht zu retten sind, die gesamte Allee ausgetauscht werden soll, und dieser Antrag ist vorschriftgemäß an die Naturschutzbehörde und an das Denkmalamt weitergegeben worden. Es hat erste Stellungnahmen gegeben von den beiden genannten Behörden und ich will das hier nicht lange vorlesen, vielleicht nur einen kleinen Ausschnitt. Sowohl die Naturschutzbehörde als auch das Denkmalamt haben dem Vorschlag des Stadtgartenamtes zugestimmt. Ein Satz vielleicht aus einem Gutachten von Herrn Dipl.-Ing. Klaus von Grossig, der vom Denkmalamt aus Berlin angefordert wurde, da heißt es in einem Satz: „Eine weitere Lebensdauer von maximal 20 bis 25 Jahren besteht wohl nicht, hätte aber zur Folge, dass schon heute aus Verkehrssicherheitsgründen massive Kroneneinkürzungen vorgenommen, besser noch die ganze Allee für den normalen Publikumsverkehr gesperrt werden müsste.“ Das Stadtgartenamt hat aus einem einzigen Grund damals im Herbst noch nicht gehandelt und zwar deshalb, weil der natürliche Laubfall bereits eingesetzt hat und damit die Windangriffsfläche bei diesen Bäumen verringert wurde, was letztlich ausschlaggebend war, dass damals, wie gesagt, keine Maßnahmen ergriffen worden sind. Letzte Woche am 3. und 4. Mai hat das Stadtgartenamt dann oder die Wirtschaftsbetriebe auf Antrag des Stadtgartenamtes insgesamt bei 12 Bäumen Maßnahmen vorgenommen, es wurden fünf gefällt und sieben wurden geschnitten und zwar deshalb, weil der Laubauswuchs mit Mitte Mai bei der Rosskastanie zu Ende ist und damit durch den Windanfall diese Bruchgefahr wieder akut wird. Entscheidend war oder, ich möchte vielleicht festhalten, dass damit eine politische Diskussion, die schon vorher begonnen hat, sehr heftig geworden ist, sowie schon in der Frage genannt wurde, ich sehe, dass von Kettensägen-Massaker gesprochen ist, das Ganze wurde auch als Provokation empfunden. Ich möchte gerne weniger auf den Ausdruck des Kettensägen-Massakers eingehen, der aus meiner Sicht zum Teil einerseits lächerlich ist auf der anderen Seite lächerlich deshalb, wenn man also von Gemetzel, Blutausch, was auch immer, was man mit Massakern in Zusammenhang bringt, im Zusammenhang mit Bäumemaßnahmen nennt, in diesem Zusammenhang

durchaus, glaube ich, eine Geschmacksgrenze übersteigt. Ich möchte gerne Folgendes festhalten: Es ist nach mehrmaliger Rücksprache mit dem Stadtgartenamt die akute Bruchgefahr bestätigt worden und zwar, wie schon erwähnt, durch den Laubaustritt Mitte 03. Es hätte noch sehr, sehr viele Möglichkeiten gegeben; auch sehr, sehr lange Diskussionen mit Experten, auch mit Experten, die einige Tage später eine Begutachtung durchgeführt haben. Aber, und das sei festgehalten, Expertenmeinungen gibt es sehr viele, aber Verantwortung getragen wird nur von wenigen Personen. Das ist in erster Linie das Stadtgartenamt, das Stadtgartenamt ist verantwortlich und, wenn etwas passiert, auch haftbar. Und die politische Verantwortung dafür trägt der jeweilige Stadtsenatsreferent, das bin ich. Wir können vor diesem Hintergrund, und wenn es auch nicht immer lustig ist, in diesem Fall Verantwortung zu tragen, wenn es etwa um diese unpopulären Maßnahmen geht, aber ich darf Ihnen trotzdem sagen, es war für uns relativ unbedeutend, dass eine weitere Begutachtung vor der Tür stand, denn, einmal umgekehrt gefragt, was hätten wir geantwortet, wenn gerade am Wochenende, Sie erinnern sich, es war sehr, sehr starker Wind, war unvorhersehbar, wenn gerade an diesem Wochenende etwas passiert wäre und wir dann zur Antwort gegeben hätten, wir wollten noch ein weiteres Gutachten abwarten. Soviel zur Provokation. Eine grundlegende Frage ist, warum ist es denn überhaupt soweit gekommen, dass so unpopuläre Maßnahmen wie Bäume-Fällen und Allee-Sanieren ergriffen werden müssen, und ich möchte die Frage gerne als Gelegenheit nehmen und unseren Vizebürgermeister fragen, ob er sich schon diese Frage gestellt hat (*Applaus ÖVP*) und zwar aus folgendem Grund:

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Sie können in der Fragestunde den Vizebürgermeister nichts fragen.***

Dr. **Rüsch:** Jetzt, da du, lieber Vizebürgermeister, nicht zuständig bist, gibst du dich als Retter des Stadtparkes. Als du zuständig warst, nämlich von 1998 bis 2003, ist nichts passiert, es wäre in diesen fünf Jahren genügend Zeit gewesen, um die Sanierung der Alleen in Angriff zu nehmen. Der Sanierungsbedarf ist seit mehr als

einem Jahrzehnt bekannt. Frau Grage wollte in ihrer kurzen Amtszeit diese Sanierung in Angriff nehmen, sie ist dann nicht dazu gekommen, dein Vorgänger Stadtrat Pammer und du selbst haben kein Sanierungskonzept entwickelt. Wäre die Sanierung damals in die Wege geleitet worden, dann hätten wir heute keine Diskussion, ob Bäume gefällt werden müssen oder ob die Allee saniert werden soll (*Applaus ÖVP*). Ich kann die Motivation durchaus verstehen, denn ich glaube, es ist leichter, ein Problem aufzuschieben und sie in die Verantwortung des nachfolgenden Stadtsenatsreferenten zu stellen, als selbst zu handeln und unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass das Gutachten von Herrn Kost aus Tübingen in einem Punkt nicht sehr weit von der Arbeit des Stadtgartenamtes abweichen wird und zwar erwarten wir uns mit großer Sicherheit, dass die Zahl der schadhafte Bäume von Herrn Kost genau gleich eingeschätzt wird wie vom Stadtgartenamt. Ich denke mir, dass in diesem Zusammenhang das Misstrauen gegenüber dem Stadtgartenamt und das Misstrauen gegenüber zwei Personen hier einfach nicht gerechtfertigt ist (*Applaus ÖVP*). Ich möchte an dieser Stelle auch noch ausführen, dass du, lieber Herr Vizebürgermeister, auch Zeit gehabt hättest in den fünf Jahren deiner Zuständigkeit, das Stadtgartenamt mit einer entsprechenden Unterstützung zu versehen, getan wurde das Gegenteil. Ich denke mir, dass auf Grund deiner persönlichen Auseinandersetzung mit dem Leiter das Stadtgartenamt in seiner Bedeutung massiv reduziert wurde, es wurde der operative Bereich des Stadtgartenamtes abgetrennt, an die Wirtschaftsbetriebe übergeben, das Stadtgartenamt wurde finanziell und ressourcenmäßig, personell ausgehungert, es war sogar so, dass, wäre es nicht zur Magistratsreform gekommen, wäre das Stadtgartenamt durchaus auch mit meiner Unterstützung wahrscheinlich als Unterabteilung untergegangen (*Applaus ÖVP*). Ich möchte zum Ende kommen. Wir können im Stadtpark sehr viele Experten untersuchen lassen, sie werden sicherlich die Fäulnisentwicklung in den Bäumen bestätigen und sie werden wahrscheinlich unterschiedliche Meinungen haben, ob die Allee auszutauschen ist oder nicht. Ob diese Entscheidung tatsächlich gefällt wird, kann uns, glaube ich, niemand abnehmen, denn letztlich ist diese Entscheidung eine politische Entscheidung. Der Antrag vom Stadtgartenamt, die Allee auszutauschen, steht, und zwar nicht erst seit sechs Tagen, sondern er steht seit September 2004 und erweitert um eine Stellungnahme von etwas mehr als einem Monat. Ob der Antrag dann tatsächlich angenommen wird, wird die Behörde entscheiden. Wir werden uns jedenfalls auch

das Gutachten von Herrn Kost, der etwa die mangelnden Pflegeleistungen im Stadtgarten vom Anfang an bestätigt hat, bei einem Gespräch, das ich mit ihm geführt habe, wir werden uns jedenfalls dieses Gutachten in seiner Bedeutung ebenfalls sehr genau ansehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Es ist schon unglaublich, Kollege Rüschi, was du hier praktizierst, ist der neue Stil offensichtlich der zwei Partner in der Stadtregierung. Ich möchte jetzt sehr klar zur tatsächlichen Berichtigung folgende Stellungnahme auch für das Protokoll abgeben. In meiner Amtszeit gab es keine Veranlassung, auch nicht von Seiten des zuständigen Abteilungsvorstandes und der Abteilung als solche, entsprechende Sanierungsmaßnahmen im Stadtpark durchzuführen, erstens. Zweitens ist es ungeheuerlich, dass du hier in diesem Hause, wo die ÖVP die Verwaltungsreform der Wirtschaftsbetriebe nämlich mitgetragen und zugestimmt hat, heute feststellst, dass das Stadtgartenamt unter meiner Führung, nämlich von 1998 bis 2002, weniger an Personaleinsatz hatte. Das muss ich zurückweisen, weil das ist auch nicht richtig. Es gab keine Personalreduzierung, wohl aber gab es eine Aufteilung des operativen Teils und des behördlichen Teiles. Unglaublich, ungeheuerlich (*Applaus SPÖ*).

**Zwischenruf GRin. Gesek: Na so was.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Zusatzfrage, Frau Gemeinderätin.

GRin. Mag. **Fluch**: Ich darf wieder zu der Frage, die ich in der Fragestunde gestellt habe, zurückkommen und vielleicht auch kurz eingangs noch sagen, Herr Stadtrat, du hast gemeint, du bist dankbar für die Frage, ich bin dankbar als Gemeinderätin

über eine Frage, die in den Medien sehr breit diskutiert wurde, sozusagen eine authentische Antwort erhalten zu haben...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Hat der Walter Ferk gut gemacht.***

Mag. **Fluch:** ...meine Zusatzfrage so formulieren. Herr Stadtrat, du hast es ja klar dargestellt, dass für dich und für die zuständige Beamtenschaft sozusagen Gefahr im Verzug erkennbar war und dass man Angst hatte, dass auch Personen zu Schaden kommen hätten können. Gab es für dich, oder hätte es für dich irgendeine Alternative gegeben zur Fällung oder zu diesem Zurückschneiden der Bäume im Grazer Stadtpark und wie hätten diese Alternativen dann ausgesehen?

Dr. **Rüsch:** Zunächst ein Wort zur Ungeheuerlichkeit vom Herrn Vizebürgermeister. Es ist einfach eine Tatsache, dass der Sanierungsbedarf der Stadtparkalleen seit über einem Jahrzehnt bekannt ist, der ist bekannt, ist festgehalten (*Applaus ÖVP*). Das Problem ist nur, es wurde bisher nichts dagegen gemacht. Es gibt erstmals ein Sanierungskonzept und das ist letztlich eben auch das Problem. Hätte man die Sanierung in die Wege geleitet, dann hätten wir uns hier nicht duellieren müssen, sondern wir hätten einen Stadtpark, in dem keine Fällungen durchgeführt werden müssen, wir hätten einen Stadtpark, in dem die Wege saniert sind, ich hoffe nicht, dass etwa irgendwann ein offizieller Abgesandter der Gemeinde Dubrovnik nach Graz kommt und sich den Weg ansieht in der Dubrovnik-Allee, er ist erbärmlich. Also da fehlen tatsächlich sehr, sehr viele Maßnahmen, die nicht gesetzt wurden. Jetzt haben wir sie begonnen, sie sind nicht sehr angenehm, es ist nicht lustig, in diesem Zusammenhang Verantwortung zu tragen, aber es ist aus meiner Sicht notwendig. Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative wäre gewesen, dass wir, so wie es auch in der Stellungnahme vom Bundesdenkmalamt festgehalten ist, dass wir die Damm-Allee sperren hätten müssen und wir haben uns das selbstverständlich

überlegt, aber das muss man sich vorstellen, Sperren von einer Damm-Allee ist ja nicht erfolgt, indem man ein rot-weiß-rotes Bandl um den Stadtpark zieht, sondern wenn eine Sperre tatsächlich auch rechtlich hält und auch tatsächlich wirkt, dann muss sie wie eine Barriere wirken und das wäre ein sehr, sehr hoher Aufwand gewesen. Und ich darf ja nur daran erinnern, ich weiß nicht, wer von Ihnen im Stadtpark war und gesehen hat, wie die gefälltten Bäume ausgesehen haben, wie sie ausgehöhlt waren in der Mitte die Stämme, der hat wohl auch gesehen, dass hier tatsächlich ein großer Schadbestand vorhanden ist. Ich möchte übrigens noch etwas sagen, der Herr Kost aus Tübingen hat sich gerade um diese Bäume speziell überhaupt nicht mehr interessiert, die Frage, ob die berechtigt zu fällen waren oder nicht ist er bei seiner Begehung überhaupt nicht mehr angegangen. Also ich denke, dass das durchaus eine entscheidende und auch richtige Maßnahmen war (*Applaus ÖVP*).

### **3) Umbauarbeiten in der Conrad-von-Hötzendorfstraße**

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Rüschi folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich hoffe, dass sich auch der Herr Stadtrat über meine Frage so freut, wie über die Frage meiner Vorrednerin...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Wenn es eine gescheite Frage ist.*

GR. **Eichberger**: ...und ich nehme an, er wird sich auch freuen, dass er mir Antwort geben kann und er die Gelegenheit dazu hat in Bezug auf Umbauarbeiten in der Conrad von Hötendorf-Straße. Das nur zum Motivenbericht, der kann schon etwas

ausführlicher auch sein, liebe KollegInnen. Wie Sie ja wissen, ist geplant, im Sommer des heurigen Jahres mit einem Gleisaustauschprojekt in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße zu starten und in diesem Zusammenhang mit diesen notwendigen Umbauarbeiten ist es auch so, dass hier ein Facelifting in diesem Straßenzug geplant ist. So erfreulich auf der einen Seite hier die Situation ist, dass wir ein eigenes Straßenbahngleis bekommen und zum anderen auch geplant ist, dass es zu einer Errichtung eines getrennten Fahrradweges kommt, muss man leider davon ausgehen, oder zumindest sehen viele das so, die sich mit diesem Plan beschäftigt haben, dass hier leider der große Wurf einer Verkehrsplanung unterblieben ist und es hier eher zu kosmetischen Verbesserungen kommt, die aber letztendlich verkehrspolitisch relativ wenig Auswirkungen haben. Und so habe ich bereits im Rahmen der Präsentation dieser Umbauarbeiten im Verkehrsausschuss hier kritisch angemerkt, dass in Anbetracht der jetzt schon unbefriedigenden Verkehrssituation, und jeder, der dieses Gebiet befährt, weiß ein Lied davon zu singen, ob das jetzt die Staus sind von Norden in den Süden, zum Teil von der Grazbachgasse bis hinunter zur Fröhlichgasse reichend oder vom Autobahnzubringer bis hinein zur Abfahrt zum Mega Baumarkt, weiß, dass es hier jetzt schon gewaltige Probleme gibt und wenn man aber davon ausgeht, dass in Bälde sich ja einiges rund um das Messeareal, ich nenne nur den Begriff Messequadranten, tun wird, wo zigtausende zusätzliche Fahrten prognostiziert sind, weiß, dass hier einiges auf den Süden unserer Stadt zukommen wird. Und jetzt zu guter Letzt, nicht nur kritische Stimmen aus dem Bezirk von Bewohnerinnen und von Bewohnern, von Leuten, die etwas von Verkehrsmaßnahmen und Lenkungsmaßnahmen verstehen, sondern zu guter Letzt hat sich jetzt auch die Wirtschaft, hat sich das Unternehmertum auch in unserem Bezirk Jakomini eben hier äußerst kritisch zu diesem Vorhaben geäußert. Und ich darf in diesem Zusammenhang an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, diesbezüglich die

### **F r a g e**

Stellen: Wie schaut es zur Zeit mit dem derzeitigen Planungsstand aus, man hört auch, dass es hier zu Verzögerungen oder Nichtgrundabtretungen der geplanten ÖBB-Gründe entlang der Conrad-von-Hötzendorf-Straße kommt oder auch nicht kommt und letztendlich auch noch als Teil dieser Frage, wie schaut es mit dem prognostizierten Parkplatzverlust aus, insbesondere natürlich auch in Anbetracht der

Gewerbetreibenden, die in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße hier um Kunden und um Geschäft bangen? (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Selbstverständlich freue ich mich auch über diese Frage, Herr Gemeinderat, zumal wenn offensichtlich die Gewerbetreibenden im Bezirk Jakomini ein besonders Anliegen sind. Die Planung für die Conrad-von-Hötzendorf-Straße gehen von den Grazer Verkehrsbetrieben aus und zwar deshalb, weil die Gleise ausgewechselt werden müssen. Ich denke, da befinde ich mich offensichtlich in einer unterschiedlichen Position zu Ihnen, ich denke, dass die Planung sehr wohl geglückt ist, wir haben erstens einmal jene Verkehrsprobleme, die wir mit Straßenbau bewältigen können und mit verkehrsorganisatorischen Maßnahmen, werden wir jedenfalls in den Griff bekommen. Das sind vor allem, oder es ist vor allem die Kreuzung vor dem Stadion. Diese Kreuzung ist ganz entscheidend für die gesamte Leistung der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, der Engpass liegt ja nicht in der Zahl der Spuren sondern er liegt in der Kreuzung. Und wir haben vor der Kreuzung die Zweispurigkeit verlängert, sodass wir damit die Leistungsfähigkeit der Kreuzung erhöht haben und wir haben damit sicherlich den ärgsten Konfliktpunkt bei dieser Baumaßnahme bei der Conrad-von-Hötzendorf-Straße beseitigt. Zum Zweiten haben wir, und das ist durchaus neu, auf der Ostseite der Straße durchgehend vom Stadion bis vor zur Stadthalle einen Geh- und Radweg eingerichtet, den gab es bisher nicht. Der Bedarf ist dort vorhanden, ich denke mir, dass das ebenfalls eine gute Maßnahme ist. Drittens wird das Gleis in all jenen Bereichen, in denen es möglich ist, mit einem Rasengleis ausgelegt, das zwar keine dramatisch wichtige Maßnahme ist, aber doch als ein Symbol und ein Zeichen, dass auch im starken Verkehrsstraßen Grünraum eine Bedeutung hat. Wir haben viertens auf der Westseite der Straße einen durchgehenden Grünstreifen, der auch bepflanzt werden wird. Soviel zum Querschnitt der Straße, es gibt selbstverständlich auf der Ostseite eine Parkspur, insgesamt ist die Zahl der Parkplätze tatsächlich reduziert worden, durchaus mit dem Hinweis, dass wir in der Fröhlichgasse einen Parkplatz haben, in dem es 400 Parkplätze gibt, die Tiefgarage im Liebenauer Stadion ist ebenfalls nicht ausgelastet, dort gibt es ebenfalls Parkmöglichkeiten. Richtig ist, dass wir den Grund, einen Zwei-Meter-Streifen, von den Österreichischen Bundesbahnen nicht gekauft

haben, ich bin überzeugt, dass mein Kollege Wolfgang Riedler diesem Kauf auch nie zugestimmt hätte und zwar einfach deshalb, weil die Österreichischen Bundesbahnen einen nicht nachvollziehbaren und von uns einfach nicht akzeptierten erhöhten Grundpreis verlangt hätten. Aus diesem Grund haben wir dort nein gesagt. Noch zu Ende zu den Gewerbetreibenden, wir sind selbstverständlich mit allen in Kontakt gewesen: Forstinger, Hofer, Roth und es ist sichergestellt, dass die Zufahrt zu diesen Betrieben genau gleich bleibt wie es jetzt ist. Das ist übrigens auch die Voraussetzung gewesen, dass wir die Parkplätze reduzieren konnten, alle diese Firmen haben auf ihrem eigenen Grund Firmenparkplätze, sodass der Handel und diese Geschäfte unter der neuen Maßnahme sicher nicht leiden werden. Also ich denke, dass es insgesamt unter den gegebenen Umständen durchaus ein akzeptables Projekt ist, ich glaube auch, dass die Vorteile für den siebenten Bezirk durchaus erkennbar sein werden.

GR. **Eichberger:** Und zwar scheint es hier doch eine etwas unterschiedliche Sichtweise zu geben des Stadtplanungsstadtrates und der Vertreter der Wirtschaft. Weil ich darf hier nur aus der sonntägigen Grazer Woche zitieren. Ich hoffe nicht, dass hier eine Fehlinterpretation vorliegt. „In dieser Stadt scheint Lernen verboten zu sein“, meint Wirtschaftskammerobmann Ulfried Heinzl in Bezug auf geplante Umbaumaßnahmen in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, also es dürfte doch nicht so alles eitel und Wonne sein, wie es hier dargestellt wird. Meine Frage in dem Zusammenhang jetzt und ich hoffe nicht, dass der Vorgänger Dipl.-Ing. Josel dafür auch verantwortlich ist, dass man hier in diese Richtung nicht schon vorher geplant hat, wäre jetzt jene Frage, inwieweit besteht noch eine Möglichkeit, hier in Anbetracht dieses nicht aus unserer Sicht gelungenen großen Wurfes hier noch eine Abänderung dieses Planes herbeizuführen, heißt im Klartext, inwieweit ist es möglich, dass ich hier wirklich ein leistungsfähigeres Straßensystem zum Beispiel ab dem Schönaugürtel in diesem Zusammenhang errichte, um wirklich für die Zukunft entsprechend gerüstet zu sein, beziehungsweise würde natürlich eine entsprechende Ausrichtung einer neuen Conrad-von-Hötzendorf-Straße auch zu einer Entlastung von Verkehr in den Anrainerstraßen führen und würde dort zu einer wesentlichen Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität beitragen?

Dr. **Rüsch**: Es wird Ihnen erstens nicht gelingen, einen Keil zwischen Herrn Mag. Heinzl und mir zu treiben, wir sind selbstverständlich in laufendem Kontakt und es ist immer klar, dass es bei einem Projekt, wie die Conrad-von-Hötzendorf-Straße Konflikte gibt, das ist nicht das Überraschende und ich glaube, das ist auch nicht das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, wie diese Konflikte gelöst werden. Ich kann es nur noch einmal sagen, wir sind mit allen Betrieben dort in Kontakt und wir haben die Zufahrtsprobleme, das waren sie, wie ich genannt habe, geregelt. Das Zweite ist, Sie sagen das immer so kryptisch, nicht der große Wurf, was ist der große Wurf, ist das ein Ausbau auf die doppelte Straßenbreite, vierspurig oder was meinen Sie mit großem Wurf? Einen Vorschlag kenne ich vom Bezirk, das ist, dass die stadtauswärts führende Spur oder Errichtung zweispurig ausgeführt werden soll. Das ist aus unserer Sicht deshalb nicht notwendig und auch eine Flächenvergeudung, weil die Leistungsfähigkeit nicht von der Zahl der Spuren, sondern von den Kreuzungen abhängt, und die Leistungsfähigkeit der Kreuzung vor dem Stadion wurde erhöht und zwar aus dem Grund, den Sie genannt haben, weil es dort Konflikte gegeben hat, wurde erhöht, sodass ein zweispuriges Aufstellen etwas über die Tankstelle Roth hinaus möglich ist, damit ist bei diesem Konfliktpunkt sicherlich eine Verbesserung möglich. Und ich denke mir, das war eben möglich bei diesem Projekt und das haben wir auch gemacht, insofern gehe ich davon aus, dass es auch für Sie und auch für den siebenten Bezirk durchaus zu einer Verbesserung führt (*Applaus ÖVP*).

#### **4) Schallschutz an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz**

GR. **Slamanig** stellt an Bürgermeisterstellvertreter Ferk folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Schallschutz an den Bestandsstrecken eine unendliche Geschichte in Graz. Im Mai 2000 wurden die Bahnbahnen gesetzlich verpflichtet, an ihren Strecken Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen. Die Stadt Graz hat mit Land und Bund

damals einen Vertrag geschlossen, der die Errichtung von Schallschutzwänden an den Bestandsstrecken der ÖBB in der steirischen Landeshauptstadt vorsah.

Seither sind viele Jahre vergangen und die Hoffnungen der Anrainer auf eine Lösung ihres Problems wurden bisher nicht erfüllt. Der Bau von Schallschutzeinrichtungen scheint auf die lange Bank geschoben worden zu sein.

Nun wurde im Juli 2004 der Stadtregierung vom Umweltamt ein fertiges Projekt präsentiert. Seither ist wieder beinahe ein Jahr vergangen. Wenn man nicht bald eine Entscheidung über dieses Projekt trifft, wird seine Verwirklichung noch weiter hinausgeschoben, weil Land und Bund ohne Initiativen aus Graz keine Veranlassung sehen, die notwendigen Mitteln zu budgetieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende

### **Frage:**

Wann können die AnrainerInnen an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz mit der Umsetzung des Projektes Schallschutzeinrichtungen rechnen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Zunächst einmal noch einmal in Konkretisierung die Kosten für die Maßnahmen der Lärmschutzwände. Insgesamt werden sie veranschlagt mit 5.746.000,- Euro und die Objektseite, das sind die bahnseitigen Maßnahmen und die objektseitigen Maßnahmen, Lärmschutzfenster, Türen mit 2.128.000,- Euro, also insgesamt mit 7.874.000,-, ich muss das nämlich jetzt ganz deutlich sagen, weil wir wissen auch, wenn wir uns mit dieser Thematik beschäftigen, dass es natürlich zu einer Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Stadt kommen wird müssen, 50 % Bund, 25 % Land und 25 % Stadt. Und es würden natürlich für die Stadt in dem Fall 1,9 Millionen in etwa anfallen. Was ist der derzeitige Stand? Sie haben Recht, wenn Sie gesagt haben, die Stadtregierung hat einen Informationsbericht auf Initiative von mir erhalten, weil es natürlich wichtig ist, auch im Sinne der Lärmmaßnahmen für die Bevölkerung, für die Anrainer natürlich etwas umzusetzen. Ich habe jetzt vom zuständigen, also in diesen Wochen, vom

zuständigen Sachbearbeiter der Abteilung vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, genauer gesagt vom Herrn Dipl.-Ing. Eigner, mitgeteilt bekommen, dass von Landesseite für die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen im Stadtgebiet von Graz für das Budget 2006, also nicht 2005 jetzt schon, sondern 2006 und 2007 etwa 1,25 Millionen Euro, also nicht auch die 25 %, 1,9, sondern eingeplant sind und klar ist also, dass wir uns an diesem Aufteilungsschlüssel ebenso beteiligen werden müssen, aber am heutigen Tage, das war genauer gesagt am Beginn dieser Woche, wurde vom Herrn Dipl.-Ing. Eigner vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung mitgeteilt, dass die ÖBB nördlich des Hauptbahnhofes, also in Graz, Kabelverlegungen auf eigene Kosten durchführen würden, die Baumaßnahmen für den Lärmschutz dadurch jedoch erst mit 2009 beginnen könnten. Dadurch würde sich für das schalltechnische Projekt eine Kosteneinsparung, wird hier also argumentiert, in der Höhe von einer Million Euro ergeben, für die Stadt Graz würde das dann 250.000 Euro betragen. Das ist derzeit der Stand und es wird jetzt natürlich notwendig sein, wieder einmal mit dem Land zu diskutieren, denn eines ist klar, die Stadt allein kann die Kosten nicht übernehmen, auch nicht vorfinanzieren.

GR. **Slamanig**: Danke, ich hoffe Sie verstehen meinen Unmut darüber, zumal also der Ball, ob er jetzt beim Bund oder beim Land oder bei der Stadt liegt, bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt auf Unverständnis stoßen. Fakt ist, dass die Steiermark, also Bestandsstrecken der ÖBB, so gut wie fertig ist, es wird auch im Süden von Graz auf dem Bereich der HL-AG alles getan, dass also Schallschutz errichtet wird und der bestehende Schallschutz hört also zwischen Gratwein und Graz auf und dann fährt man dort, wo die meisten Menschen wohnen, in Graz, fährt man ohne Schallschutz und dann danach beginnt er wieder der Schallschutz. Also wenn jetzt den BürgerInnen erklärt werden soll, dass 2009 damit zu rechnen ist, dann muss man das den Bürgerinnen und Bürgern erklären und ich lade Sie, sehr verehrter Herr Vizebürgermeister, als zuständigen Stadtsenatsreferent dafür herzlich ein, an jenen Teilen, wo die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis für diese Entwicklung haben, die dementsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Herzlichen Dank (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Also, ja sehr gerne. Ich bin aber überzeugt, dass auch Sie, Herr Kollege Slamanig, dies tun werden, im Zuge auch des Landtagswahlkampfes, weil ja auch Ihre Partei kandidiert. Die Frage wäre die Durchsetzbarkeit bei der Steiermärkischen Landesregierung und bei den Österreichischen Bundesbahnen, das muss gut abgeklärt sein. Wenn wir da gemeinsam marschieren, haben wir durchaus vielleicht eine bessere Chance. Also nicht nur abschieben, die Stadt allein wird es nicht machen können, sie ist auch gar nicht zuständig in diesem Bereich alleine. Wichtig ist nur, dass dieses Projekt in Umsetzung kommt. Im Übrigen 20 Jahre vorher war das auch eine lange Diskussion, es wird jetzt an uns liegen, vielleicht machen wir einen Initiativantrag im Gemeinderat, dass das Land Steiermark dennoch vorgezogen, so wie es eigentlich angekündigt waren, nämlich im Jahr 2006 die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung steht, dann wird es an uns selber liegen, ob wir in der Lage sind, ich werde mich dafür in den Budgetverhandlungen einsetzen, eben die entsprechende Vorsorge zu treffen.

## **5) Maßnahmen gegen die Drogenspritzen - Problematik in öffentlichen WC-Anlagen**

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Monogioudis folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin, werter Gemeinderat! Vergangenen September machte eine von der Stadt beauftragte Reinigungsfirma darauf aufmerksam, dass die Anzahl der gefundenen Drogenspritzen auf öffentlichen Toiletten Besorgnis erregend angestiegen ist.

Vor allem betroffen sind die WC-Anlagen in der Innenstadt. Innerhalb einer Woche wurden hier 100 Spritzen eingesammelt.

In der GR-Sitzung am 16.09.2004 stellte ich einen dringlichen Antrag, der auch einstimmig angenommen wurde.

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder wurden beauftragt, gemeinsam mit Expertinnen und Experten unverzüglich Maßnahmen gegen diese Gefährdung zu entwickeln und dem Gemeinderat darüber zu berichten.

Der Suchtbeauftragte der Stadt Graz, Dr. Ulf Zeder, zeigte in einer Stellungnahme des zuständigen Gesundheitsamtes vom 11. November 2004 mögliche Maßnahmen gegen die gebrauchten Spritzen auf den WC-Anlagen auf.

Seit dieser Zwischenerledigung wurde über keine weiteren Schritte informiert.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

### **F r a g e :**

Welche Maßnahmen haben Sie gegen die Drogenspritzenproblematik in öffentlichen WC – Anlagen gesetzt – beziehungsweise sind von Ihnen geplant?

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich danke Ihnen für Ihre Anfrage, denn sie gibt mir Gelegenheit, Sie und auch den Gemeinderat als Ganzes über die Maßnahmen und Vorschläge seitens des Gesundheitsamtes diesbezüglich zu informieren. In Graz gibt es 40 öffentliche WC-Anlagen im Eigentum der Stadt, das heißt im Verantwortungsbereich der Liegenschaftsabteilung. In einigen davon müssen leider immer wieder Spritzenfunde festgestellt werden. Die Belästigung und Gefährdung, die dadurch für die Allgemeinbevölkerung entsteht, steht natürlich völlig außer Zweifel. Nicht nur auf Grund des dringlichen Antrages vom 16. September hat das Grazer Gesundheitsamt Maßnahmen gesetzt und Vorschläge gemacht, über die ich Ihnen gerne detailliert Auskunft geben kann. Über den aktuellsten Stand, an welchen Orten aber die Liegenschaftsabteilung in ihren WC-Anlagen auf Grund der Initiativen und Vorschläge des Gesundheitsamtes Maßnahmen durchgeführt hat, darüber kann Ihnen der zuständige Referent, Stadtrat Dr. Riedler, Auskunft geben und das wird er auch sehr gerne tun, ich nehme an, Herr Gemeinderat, Sie sind über die Zuständigkeiten natürlich informiert und deswegen gehe ich davon aus, dass Sie

in einem heutigen Bericht in einer Tageszeitung falsch zitiert werden, weil ich nehme nicht an, dass Sie das so gesagt haben. Ich darf zuerst auf das Spritzenaustauschprogramm hinweisen. Im Grazer Kontaktladen läuft ein Spritzenaustauschprogramm, bei dem jährlich rund 220.000 Spritzen abgegeben werden. Die Rücklaufquote beträgt zirka 95 % und ist damit vergleichsweise sehr hoch. Dieses Programm, das im Auftrag der Stadt Graz angeboten wird, soll beibehalten und die Bemühungen, die Rückgabefrequenz noch zu erhöhen, gesteigert werden. Die Kooperation mit den zuständigen Sozialarbeitern des Kontaktladens funktioniert dabei sehr gut. Was die von Ihnen angesprochenen Spritzenfunde betrifft, so hat der Suchtkoordinator der Stadt Graz, Dr. Ulf Zeder, Erfahrungswerte aus Städten wie Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck eingeholt. Diese Erfahrungen zeigen, dass alle österreichischen Städte mit diesem Problem konfrontiert sind. Weiters wurde die zuständige Liegenschaftsabteilung schriftlich wie auch persönlich kontaktiert, um alle möglichen Maßnahmenvorschläge zu besprechen. Gegen Spritzenfunde auf öffentlichen Toiletten gibt es erfahrungsgemäß nur eine weit gehend erfolgreiche Strategie, nämlich eine wirklich erfolgreiche, die betroffenen öffentlichen Toiletten dauerhaft personell zu besetzen und die Toiletten kontinuierlich nach jedem Toilettenbesuch reinigen zu lassen, dieser Schritt ist zweifellos der kostenintensivste. Ob die personelle Betreuung der Toiletten intensiviert werden kann und wird, darüber müssten Sie sich auch beim zuständigen Stadtrat informieren. Weitere Möglichkeiten sind die Installation von Spritzenboxen zusammen mit entsprechenden Informationen und die Installation von Blaulicht, um initiierten Drogenkonsum zu erschweren. Wichtig ist dabei auch die Schulung des Reinigungspersonals, da diese Berufsgruppe durch die Spritzenfunde ganz besonders gefährdet ist. Auch dazu wurde eine nähere Beschreibung der Möglichkeiten der Liegenschaftsverwaltung übermittelt. Unseres Wissensstandes nach hat die Liegenschaftsabteilung bis dato folgende Maßnahmen umgesetzt, die eben diese Installation vom so genannten Blaulicht auf öffentlichen Toiletten im Schanzgraben und am Jakominiplatz, weiters erging der Auftrag der Liegenschaftsanteilung, so genannte Spritzenboxen, das sind stichfeste Entsorgungsbehälter, anzuschaffen, die auf öffentlichen Toilettenanlagen installiert werden. Dazu arbeiten die MitarbeiterInnen des Kontaktladens die entsprechenden Textvorschläge aus. Aber alle Details, insbesondere auch über weitere geplante Schritte, kann Ihnen dazu wieder Stadtrat Riedler geben. Weiters hat Dr. Zeder das

Reinigungspersonal der Stadt Graz für das Amtshaus und das Rathaus über den Umgang mit Spritzenfunden nachgeschult und die StreetworkerInnen beauftragt, vermehrt auf die Entsorgungspraktiken ihrer KlientInnen zu achten. Seitens des Gesundheitsamtes tun wir daher nach Maßgabe der aktuellen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Suchtpolitik das Möglichste, um dieser Problematik entgegenzuwirken. Besonders Augenmerk möchte ich dabei weiterhin auf das Spritzenaustauschprogramm des Kontaktladens legen, weil das wirklich sehr erfolgreich läuft. Es ist mir aber bei dieser Gelegenheit schon wichtig zu betonen, bei Spritzenfunden an öffentlichen Orten handelt es sich um Symptome der Suchterkrankung, die belästigend und Gesundheitsgefährdung für andere Personen sind. Es handelt sich um Folgen einer Suchterkrankung, die prinzipiell bestehen bleibt, solange die Suchterkrankung besteht. Aber man soll sich daher, glaube ich, keine Illusionen darüber machen, dass selbst bei den größten Anstrengungen mit Spritzenfunden in urbanen Verhältnissen zu rechnen sein wird (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Danke für Ihre ausführlichen Ausführungen, ich möchte mich auch bei Dr. Ulf Zeder bedanken. Ich denke, Frau Stadträtin, dass wenn durch Spritzen, die im öffentlichen Raum liegen, die Gesundheit der Bürger gefährdet ist, denke ich, dass Sie einen Koordinationsauftrag haben als Gesundheitsstadträtin. Meine Frage ist, ob Sie jetzt diese ganzen Maßnahmen weiterhin koordinieren werden?

StRin. **Monogioudis:** Also es wird selbstverständlich der Kontakt mit der Liegenschaftsabteilung weiterhin bestehen. Wir werden überall, wo es gewünscht ist, also da unterstützend tätig sein, aber diese Maßnahmen können natürlich nur von der Liegenschaftsabteilung umgesetzt werden. Im Übrigen ist es natürlich das Bestreben, den Rücklauf so hoch wie möglich zu halten, nur hundert Prozent werden schwer möglich sein (*Applaus KPÖ*).